

Ost gegen West

Großmachtrivalitäten heizen den Konflikt in Abchasien an

Jahresbericht 2002

Georgien (Abchasien): Bewaffneter Konflikt

Beginn: 1994 (zuvor Krieg 1992-1994)

Beteiligte: Abchasische Rebellen / Georgische Milizen, Georgien

Intervention zur Waffenstillstandsüberwachung: GUS

Die Friedensverhandlungen zwischen Georgien und Abchasien sind auch 2002 nicht vorangekommen, obwohl sich die militärische Lage seit Oktober 2001 deutlich beruhigt hat. Georgien strebt nach wie vor eine Wiedereingliederung der abtrünnigen Republik im Nordwesten an. Abchasien hatte 1992 einseitig seine Unabhängigkeit erklärt, ist aber bis heute von keinem anderen Staat international anerkannt worden.

Die politische Geschichte des Verhältnisses zwischen Georgien und seiner Teilrepublik Abchasien spielt in dem Konflikt eine wichtige Rolle. Nach der Russischen Revolution 1917 war Abchasien für kurze Zeit eine eigene Unionsrepublik und wurde erst 1931 als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) in die Georgische SSR eingegliedert. Ende der 80er Jahre wurden die Sezessionsbestrebungen in der Abchasischen SSR immer stärker, nachdem es schon 1978 zu antig Georgischen Protesten gekommen war. Während die Georgische SSR nach Unabhängigkeit von der Sowjetunion strebte, wollten die Abchasen ebenfalls einen eigenen, von Georgien unabhängigen Staat gründen beziehungsweise in der Sowjetunion verbleiben.

Die Titularnation der Abchasen machte zu diesem Zeitpunkt allerdings nur etwa 18 Prozent der Bevölkerung Abchasiens aus, während der Anteil georgischer Einwohner bei 48 Prozent lag. Die Angst der Abchasen vor Überfremdung und Assimilation vermischte sich zunehmend mit konkurrierenden Machtinteressen in der Region und mit den Versuchen der Sowjetunion, eine drohende Sezession Abchasiens als Druckmittel gegen die georgischen Unabhängigkeitsforderungen einzusetzen.

Infolge wachsender Spannungen mit der georgischen Zentralregierung in Tiflis und der eigenen georgischen „Minderheit“ setzte das abchasische Parlament in Suchumi 1992 die Verfassung von 1925 wieder in Kraft und erklärte sich damit zur unabhängigen „Republik Abchasien“. Im August 1992 rückten daraufhin georgische Einheiten in Abchasien ein, der Konflikt eskalierte zum Krieg. Unterstützt von Freiwilligen der Konföderation der Bergvölker des Kaukasus und verschiedener nordkaukasischer autonomer Republiken sowie der russischen Armee, drängten die abchasischen Rebellen die georgische Nationalgarde in den folgenden Jahren aus Abchasien zurück.

Nachdem die abchasische Seite mehrere von der Russischen Föderation vermittelte Waffenstillstandsabkommen gebrochen hatte, hielt schließlich ein im Mai 1994

geschlossener vierter Waffenstillstand. Er wird von einer derzeit 1.800 Mann starken, überwiegend aus Russen bestehenden Friedenstruppe der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sowie von zuletzt 108 Militärbeobachtern der United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG) überwacht.

Während der Kämpfe von 1992 bis 1994 wurden etwa 8.000 Menschen getötet. Außerdem flüchteten etwa 250.000 Menschen, überwiegend Georgier, aus Abchasien. Damit hatte fast die gesamte georgische Bevölkerung die abtrünnige Republik verlassen. Den Abchasen war es gelungen, die ethnische Zusammensetzung der Einwohner Abchasiens entscheidend zu ihren Gunsten zu verändern. Bei den Verhandlungen über die Rückführung der Flüchtlinge sind bis heute keine Erfolge erzielt worden. Gegen den Willen der abchasischen Seite begannen viele Georgier bald, in die abchasische Grenzregion Gali zurückzukehren, die vor dem Krieg zu 98 Prozent georgisch besiedelt war. Ihre unkoordinierte Rückwanderung wurde zunehmend von Aktivitäten paramilitärischer georgischer Gruppen begleitet. Die etwa 200 Mann starke Weiße Legion und die so genannten Waldbrüder spielten dabei eine besondere Rolle. Sie rekrutierten sich vor allem aus der vertriebenen georgischen Bevölkerung der Region Gali.

Diese Paramilitärs, die teils den Schutz georgischer Einwohner Galis gegen abchasische Übergriffe, teils die Rückeroberung des Gebiets als ihre Aufgabe ansahen, verstärkten im Frühjahr 1998 ihre Angriffe. Abchasische Milizen führten daraufhin eine „Strafaktion“ durch. Sie sollen dabei von Freiwilligen-Verbänden der Konföderation der Bergvölker des Kaukasus unterstützt worden sein. Die Kampfhandlungen endeten wenige Monate später im Mai 1998, nachdem die georgischen Guerillas unter dem Einsatz schwerer Artillerie aus der Gali-Region vertrieben worden waren. Bei den Kämpfen wurden vermutlich 350 Menschen getötet und über 1.675 Häuser zerstört. Etwa 35.000 Menschen flüchteten. Weder die in Abchasien stationierte GUS-Friedenstruppe und die UN-Militärbeobachter noch reguläre georgische Einheiten griffen in die Gefechte ein. Es gilt jedoch als offenes Geheimnis, dass einige Guerilla-Gruppen von der georgischen Regierung und dem aus Georgiern bestehenden Exil-Parlament Abchasiens in Tiflis unterstützt werden.

Nach dem Ende der offenen Kämpfe 1998 beschränkten sich die georgischen Paramilitärs auf Guerilla-Operationen in der abchasischen Region Gali und in der entmilitarisierten Zone entlang der Waffenstillstandslinie von 1994. Im August 2001 eskalierte die Gewalt erneut und es kam zu offenen Gefechten im Kodori-Tal, das als einziges Gebiet Abchasiens noch teilweise von der georgischen Zentralmacht kontrolliert wird. Im Sommer waren 450 bis 800 Mann starke Guerilla-Verbände in das Tal eingedrungen, die sich neben georgischen Kämpfern erstmals auch aus tschetschenischen Milizen rekrutierten. Wochenlang kämpften sie gegen abchasische Sicherheitskräfte, bis sie im Oktober in die russischen Teilrepubliken des Nordkaukasus zurückgedrängt wurden. Insgesamt fielen den bewaffneten Auseinandersetzungen im Sommer und Herbst 2001 mehr als 120 Menschen zum Opfer, darunter auch neun Insassen eines UN-Hubschraubers, der Anfang Oktober in der Nähe des Kodori-Tals abgeschossen wurde. Von verschiedenen Seiten wurden dafür tschetschenische Kämpfer unter Ruslan Gelaev verantwortlich gemacht.

Warum seit 2001 auch tschetschenische Milizen in Abchasien kämpfen, kann nur vermutet werden. Kämpfer aus dem Tschetschenien-Krieg hatten in der Vergangenheit

das Pankisi-Tal im Nordosten Georgiens als Rückzugsraum und Nachschubbasis genutzt und sich dort zunehmend frei bewegt. Möglicherweise wurden sie von Teilen der georgischen Regierung angeworben, sich an den Kämpfen in Abchasien zu beteiligen. Obwohl letztere dies vehement abstreitet, fügt sich eine solche Politik in ein vorhandenes Muster: Bereits seit Beginn der 90er Jahre bestehen informelle Beziehungen zwischen der georgischen Regierung und Guerilla-Verbänden. Bei dem Versuch, die abtrünnige abchasische Republik wieder unter georgische Kontrolle zu bringen, könnten die tschetschenischen Milizen eine willkommene Unterstützung gewesen sein.

Im Jahr 2002 war die Lage in Abchasien bedeutend ruhiger als im vorangegangenen Jahr. Bei vereinzelten Gefechten in der abchasischen Grenzregion Gali, in die neben georgischen und abchasischen Posten wiederholt auch Mitglieder der GUS-Friedenstruppe verwickelt waren, wurden etwa 20 Menschen getötet. Einige weitere starben durch Landminen. Entführungen durch die Rebellengruppen beider Seiten und Lösegeld-Erpressungen fanden nach wie vor statt. Doch auch wenn längere Kampfhandlungen 2002 ausblieben, war die Situation alles andere als stabil. Als abchasische Kämpfer im August die provisorische Grenze zum georgisch kontrollierten Teil des Kodori-Tals überschritten und es daraufhin zu Gefechten kam, konnten nur eilige Verhandlungen eine Eskalation des Konflikts verhindern. Ende März 2002 wurden mehrere abchasische Dörfer bombardiert, wobei unklar blieb, wer die Verantwortung dafür trägt. In der Vergangenheit waren Siedlungen in der georgisch-abchasischen Grenzregion wiederholt von russischen Flugzeugen bombardiert worden, ohne dass sich die Führung in Moskau anschließend dazu bekannt hatte. Möglicherweise steht hinter solchen Bombardements der Versuch, die Region zu destabilisieren und dadurch ein offenes Eingreifen Russlands in den Konflikt zu rechtfertigen.

Die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen Georgien und der Russischen Föderation haben sich im Berichtszeitraum bedeutend verschlechtert. Nach mehrmaligen bewaffneten Angriffen auf Posten der GUS-Friedenstruppe und der Entführung von vier russischen Soldaten im März erneuerte die russische Seite ihre Vorwürfe, die georgische Regierung ließe bewaffnete Guerilla-Gruppen seit Jahren ungestraft in Abchasien operieren und biete überdies tschetschenischen Rebellen Unterschlupf. Die georgische Seite hingegen reagierte äußerst verärgert, als im April 2002 mehrere hundert russische Soldaten und einige Helikopter ins abchasische Kodori-Tal eindringen. Erst nachdem der georgische Präsidenten Eduard Schewardnadse in Moskau intervenierte, zogen sich die russischen Bodentruppen zurück. Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich im Juli.

Verärgerung auf georgischer Seite erregte außerdem die teilweise offene Unterstützung abchasischer Separationsbestrebungen durch Russland. Eine russische Gesetzesänderung erlaubt seit Juni 2002 allen in ehemaligen Sowjetrepubliken lebenden ethnischen Russen, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Als Behörden daraufhin russische Pässe in Abchasien verteilten, nahmen mehr als die Hälfte der 320.000 Einwohner Abchasiens die russische Staatsbürgerschaft an. Die georgische Führung befürchtet, Russland könnte dies in Zukunft nutzen, um eine verstärkte Militärpräsenz in der Region zu rechtfertigen. Verstärkt werden diese Ängste durch die mehrfach geäußerten Wünsche Abchasiens, „assoziertes Mitglied“ in der Russischen Föderation zu werden.

Die von den UN vermittelten Friedensverhandlungen zwischen der Republik Georgien und Abchasien haben auch 2002 zu keinem Ergebnis geführt und sind mittlerweile fast völlig zum Erliegen gekommen. Anfang des Jahres schien zunächst ein erster Erfolg erreicht, als das so genannte „Papier über die Verteilung der Kompetenzen zwischen Tiflis und Suchumi“ fertiggestellt wurde. Die „Gruppe der Freunde Georgiens“, bestehend aus Russland, den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, hatte zwei Jahre gebraucht, um sich auf den Entwurf zu einigen. Er sollte als Basis für weitere Gespräche zwischen Abchasien und Georgien dienen.

Die abchasische Seite lehnt jedoch Verhandlungen auf der Grundlage dieses Papiers vehement ab, weil dies von der Unverletzlichkeit der georgischen Grenzen ausgeht und Abchasien lediglich weitreichende Autonomierechte zugesteht. Die Unabhängigkeit ihres Landes, so die Regierung in Suchumi, sei fest in der abchasischen Verfassung verankert und überdies 1999 in einem Referendum bestätigt worden. Im November 2002 hat schließlich auch Russland, an dessen Widerstand eine Einigung der internationalen Vermittler lange gescheitert war, seine Unterstützung für das Rahmendokument wieder zurückgezogen.

In der ersten Hälfte des Jahres 2002 verhinderte außerdem die Präsenz georgischer Truppen im abchasischen Kodori-Tal weitere Friedensgespräche. Etwa 350 Soldaten der regulären Truppen waren dort nach den Kämpfen im Herbst 2001 stationiert worden – angeblich, um die georgischen Einwohner des Tals zu schützen – und hatten damit das Waffenstillstandsabkommen von 1994 verletzt. Die abchasische Seite weigerte sich, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, solange diese Truppen nicht abgezogen würden. Bis April kam Georgien dieser Verpflichtung größtenteils nach. Nichtsdestotrotz befinden sich jedoch noch immer etwa 900 bewaffnete Georgier in Abchasien, die meisten als Grenzposten oder Reservisten.

Der schwelende Konflikt zwischen Georgien und dem abtrünnigen Abchasien könnte sich in Zukunft schnell wieder verschärfen, wenn beispielsweise die Flüchtlingsfrage nicht bald geregelt wird. Die Stimmung unter den seit 1992 in mehreren Wellen aus Abchasien geflüchteten Georgiern hat sich im Berichtsjahr erheblich radikalisiert: Hunderte Vertriebene blockierten im Januar und im August 2002 wochenlang die Brücke über den Inguri-Fluss an der Grenze zwischen Georgien und Abchasien. Im Winter verwüsteten verzweifelte Flüchtlinge eine Bank, um gegen das monatelange Ausbleiben versprochener Hilfszahlungen zu protestieren, im Frühjahr besetzten sie Institutsgebäude in Tiflis.

Einer politischen Lösung des Abchasien-Konflikts stehen mittlerweile mehr Hindernisse im Weg als noch vor einem Jahr. Die wachsende Konkurrenz der USA und Russlands im Kaukasus hat sich verschärfend auf die Situation ausgewirkt: Russland unterstützt das separatistische Abchasien mittlerweile so offensichtlich, dass es als unabhängiger Vermittler in diesem Konflikt unglaubwürdig geworden ist. Georgien hat sich noch deutlicher als bisher nach Westen gewandt, hat militärische Kooperation mit den USA vereinbart und im April die ersten US-amerikanischen Militärberater in Tiflis empfangen. Damit riskiert es ein noch schlechteres Verhältnis zur Führung in Moskau, ohne deren Zustimmung ein dauerhafter Frieden im Kaukasus unmöglich scheint.

Weiterführende Literatur und Informationsquellen:

Cohen, Jonathan (Hrsg.): A Question of Sovereignty. The Georgia-Abkhazia Peace Process (Accord Issue 7), London 1999

Coppieters, Bruno/ Nhadia, Ghia/ Anchabadze, Yuri: Georgians and Abkhazians. The Search for a Peaceful Settlement (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Sonderveröffentlichung), Köln 1998

Mehmet Tütüncü (Hrsg.): Caucasus. War and Peace. The New World Disorder and Caucasia, Haarlem 1998

Ropers, Norbert: Der georgisch-abchasische Konflikt. Vom Krieg zur friedlichen Koexistenz, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Afrikanische Perspektiven. Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa. Friedensbericht 1998, S. 279-301

<http://www.apsny.org> (Abchasien)

<http://www.eurasianet.org> (Central Eurasia Network of the Open Society Network)

<http://www.iwpr.net> (Institute for War and Peace Reporting)

<http://www.tol.cz> (Transition Online)

<http://www.un.org/Depts/DPKO/Missions/unomig> (United Nations Observer Mission in Georgia)

ENDE

Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Er darf ohne Genehmigung der Autorin nicht weiterverwertet werden. Insbesondere darf er nicht ganz oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden.